

# Zwei Gemeinden gegen Goliath

Deutsche Bahn soll die Straßenschäden in Wahlstorf und Kühren beseitigen – Fristen sind verstrichen

**Wahlstorf/Kühren.** „Wir fühlen uns allein gelassen.“ Dittmar Stöckl und Gisela Rinck sind sauer. Die Bürgermeister der Gemeinden Wahlstorf und Kühren streiten mit der Deutschen Bahn um die Beseitigung der Straßenschäden. Wie berichtet, war in Wahlstorf im Rahmen der Streckenerüchtigung zwischen Kiel und Lübeck ein großer Lager- und Umschlagplatz zur Aufbereitung und zum Abtransport des Schotters eingerichtet worden. Mehrere hunderttausend Tonnen Material waren per Lkw auf den schmalen Straßen der Gemeinden transportiert worden.

Von Silke Rönnau

Schon kurz nach Beginn der Arbeiten hatten nicht nur Anwohner über die Lärm- und Dreckbelästigung geklagt, sondern auch die Gemeinden über zerstörte Banketten und Risse im Asphalt. Nach mehreren Ortsterminen wurde ein Protokoll über die Vereinbarungen angefertigt. Darin wurde festgehalten, dass der Bauherr DB AG die Verantwortung und Kosten für die Leistungen übernimmt: Die betroffenen Straßen sollten ständig und wirksam gereinigt, beschädigte Straßengräben instand gesetzt und Schäden an den Banketten sowie den angrenzenden Grünflächen umgehend behoben werden. Diese Maßnahmen sollten während der Bauphase primär der Verkehrssicherheit dienen. „Im Anschluss sind alle betroffenen Teile des Straßenkörpers (Unterbau und Straßendecke, Banketten, Bürgersteige, Grünflächen, Gräben, Gullys und Sinkkästen) fachgerecht und nach den anerkannten Regeln der Technik zu erneuern“, heißt es weiter im Protokoll. In einer Mail habe der Projektlei-

ter der Bahn die Vereinbarungen bestätigt, so Stöckl.

Auch der von der Bahn eingesetzte Gutachter habe erklärt, dass der Schwerlastverkehr in kurzen Zeitabständen die betroffenen Straßen überfordert habe, schrieb der Wahlstorfer Bürgermeister in einem Brief an Minister Jost de Jager. „Hierfür hätte es eines Straßenquerschnitts bedurft, der mit Autobahnen zu vergleichen ist.“ Als besonders nachteilig habe der Gutachter herausgestellt, dass der Schwerlastverkehr auch bei feuchter Witterung weiterlief. Dadurch seien sowohl der deckende Asphalt als auch der Unterbau zerstört worden.

Leider sei die DB von den Vereinbarungen abgewichen und habe bisher keinerlei Schritte zur Umsetzung ergriffen, bedauern Stöckl und Rinck. Weitere Gespräche und anwaltlicher Schriftverkehr seien ohne Wirkung geblieben. Auch alle vom Anwalt gesetzten Fristen seien inzwischen verstrichen. Die Deutsche Bahn habe nur noch eine unbestimmte Kostenbeteiligung für den Fall in Aussicht gestellt, dass die Gemeinden



Die Bürgermeister von Wahlstorf und Kühren, Dittmar Stöckl und Gisela Rinck, kämpfen darum, dass die Deutsche Bahn die beschädigten Straßen in ihrem Gemeindegebiet erneuert. Fotos S. Rönnau

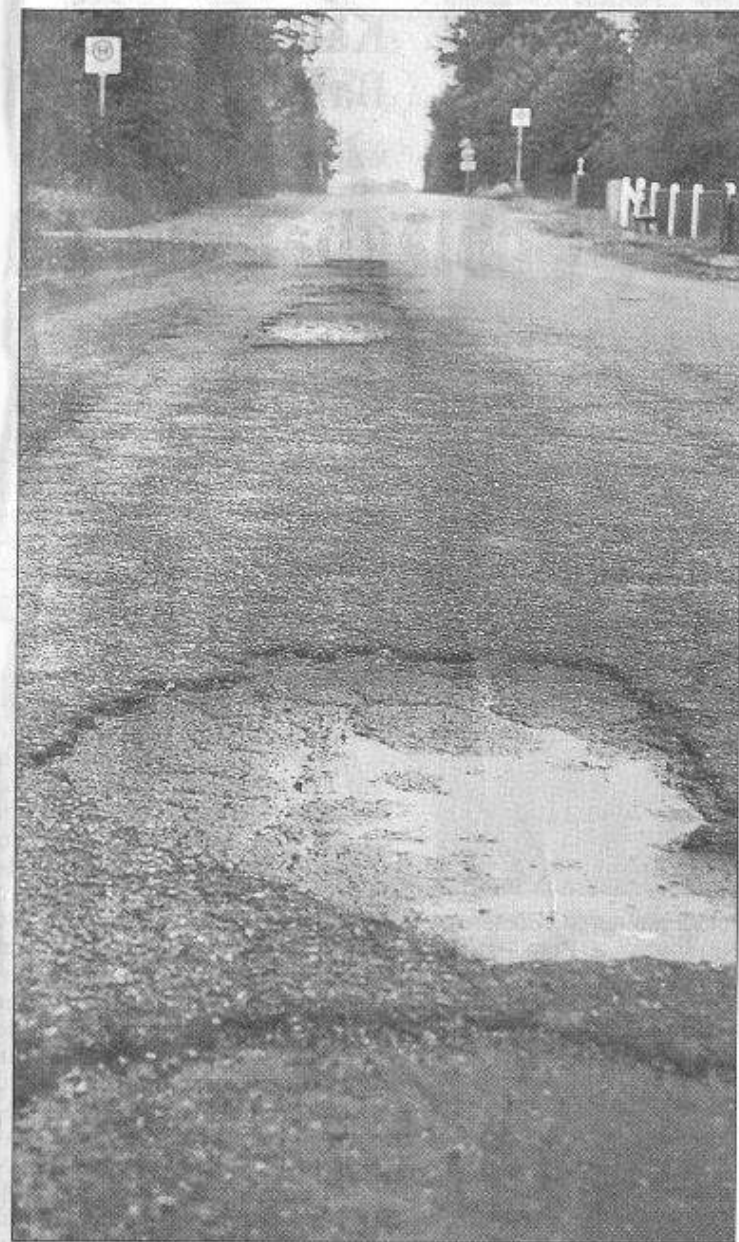
die erforderlichen Erneuerungsarbeiten selbst ausführen. Außerdem verweise sie auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Lüneburg in einem „vergleichbaren Fall“. Aber es gebe einen gravierenden Unterschied, so Stöckl: „Bei diesem Fall war vereinbart worden, dass der alte Zustand wieder hergestellt wurde.“ Im Gegensatz zur im Wahlstorfer Protokoll vereinbarten „Erneuerung“. Mit Empörung reagierten die beiden Bürgermeister auch darauf, dass die Bahn sich auf Vorschäden beziehe und eine „nicht nachvollziehbare“ Prozentzahl genannt habe. Die Straßen seien vor den Arbeiten mit einem Videofahrzeug abgefahren worden. Die Qualität der Aufnahmen sei jedoch selbst vom Bahn-Gutachter kritisiert worden.

Um zumindest die größten Schäden zu beseitigen, seien die beiden Gemeinden inzwischen in Vorleistung getreten und hätten Banketten ausgebessert und tiefe Schlaglöcher gefüllt. Aber auch die – im Rahmen der Bauarbeiten zum Teil zugeschütteten – Gräben müssten unbedingt hergerichtet werden. „Wir befürchten,

dass sonst irgendwann das Wasser auf der Straße steht“, so Stöckl.

„Ich hatte mal gedacht, dass mit der Deutschen Bahn alles seinen geregelten Gang geht“, meinte Gisela Rinck enttäuscht. Die beiden Bürgermeister fühlen sich ein bisschen wie David gegen Goliath. „Wir haben das Gefühl, dass die Bahn das aussitzen will.“ Jetzt hoffen sie, dass Kreis und Land sie nicht allein lassen. Schließlich sei der Lagerplatz nicht nur für die Erneuerung der Gleisstrecken auf dem Gemeindegebiet genutzt worden, sondern für die ganze Region.

Die Bahn betonte auf Nachfrage, dass die umfangreichen Transporte von Schotter und Aushubmassen durch die beauftragte Baufirma IBB erfolgt seien. Sie hätten schwerpunktmäßig in den Monaten Oktober bis Mitte Dezember 2009 stattgefunden. In diesem Jahr seien keine Transporte mehr erforderlich gewesen. Seit Anfang November 2010 liege – auch den betroffenen Gemeinden – ein Gutachten vor: „Auf Grundlage dieses Gutachtens laufen dann die Gespräche“, so das Unternehmen.



Die Straßen – hier Johannrade – weisen tiefe Löcher und Risse im Asphalt auf. Außerdem gibt es beschädigte Banketten und Straßengräben.